



Die wüde Abgeordnete auf ihrer Maschin' ...

WWW.SN.AT/WIZANY

Das Dilemma der SPÖ auf den Punkt gebracht

Wenn SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner für jede Worthülse, die sie im Interview mit dem ORF-Report Dienstagabend produziert hat, eine Wählerstimme bekäme, ginge es der Sozialdemokratie deutlich besser: Sie

konnte Rendi-Wagner nicht sagen: Wofür die SPÖ eigentlich steht.

Das bringt das rote Dilemma auf den Punkt: Denn offenbar weiß nicht einmal die Parteichefin selbst, wofür es ihre einst so stolze und verdienstvolle Partei heute noch braucht. Auf die Frage, was unter ihrer Führung das Alleinstellungsmerkmal der Sozialdemokraten sein sollte, fiel ihr nur folgen- der Stehsatz ein: „Das werden wir nun erarbeiten.“ Ob sie das denn als Parteichefin nicht schon vorab sagen könnte? „Ich kann auf jeden Fall sagen, dass es eine Sozialdemokratie für die Menschen und für die Gesellschaft immer brauchen wird.“

Sonst noch Fragen?

GLOSSE

Maria Zimmermann

sprach von Themeninitiativen, Problemanalysen, einer Erneuerungsklausur, von notwendiger Emotionalisierung und fehlender Identifizierung mit der SPÖ und natürlich davon, „alle mitnehmen“ und „Antworten auf die Fragen der Menschen geben“ zu wollen. Nur eines

Immer Ärger mit den Straches

Das Kapitel Strache ist für die FPÖ noch lang nicht abgeschlossen: Philippa Strache zieht in den Nationalrat ein – und das aller Voraussicht nach als „wilde“ Abgeordnete.

MARIA ZIMMERMANN

WIEN. Bei der FPÖ ist in den letzten Tagen so gut wie alles, was mit dem Ehepaar Strache zu tun hat, gründlich schiefgelaufen. Nun darf Philippa Strache das Mandat annehmen, das ihr die FPÖ noch Montagabend versagt hat. Das gab die Wiener Landeswahlbehörde am Mittwoch bekannt. Strache könne – „falls sie nicht von sich aus verzichtet“ – über die Landesliste in den Nationalrat einziehen, hieß es.

Dass Philippa Strache verzichtet, ist eher auszuschließen. Schließlich tat sie noch vor wenigen Tagen kund, wie sehr sie sich auf ihre Arbeit im Nationalrat freue. Da hatte sich in der FPÖ schon mancher offen dagegen ausgesprochen, dass die Ehefrau von Ex-Parteichef Heinz-Christian Strache ein Mandat bekommt – allen voran Oberösterreichs FPÖ-Chef Manfred Haimbuchner. Am Montag war die Wiener FPÖ dieser Linie gefolgt und hatte bekannt gegeben, dass Philippa Strache, Nummer drei der Wiener Landesliste, kein Mandat bekomme. Um ihr das zu verwehren, sollte Harald Stefan, die Nummer zwei auf der Landesliste, nicht sein Grundmandat im Wahlkreis Wien

Süd annehmen, sondern das auf der Landesliste. Da wegen des schlechten FPÖ-Wahlergebnisses nur zwei Mandate über die Landesliste vergeben werden, wäre Philippa Strache der Einzug in den Nationalrat verwehrt geblieben.

Die FPÖ Wien hatte die Rechnung aber ohne die Landeswahlbehörde gemacht: Bei ihrer Sitzung am Dienstag kam diese zu dem Schluss, dass sich Stefan laut Gesetz gar nicht aussuchen kann, welches Mandat er annimmt, dass er sein Grundmandat annehmen muss und Strache damit über die Landesliste sehr wohl ein Mandat zusteht. Nach eingehenden Beratungen mit der Bundeswahlbehörde ist das seit Mittwoch amtlich.

Nähme Harald Stefan sein Grundmandat nicht an, stünde er ohne Mandat da. „Diese Thematik hat in den vergangenen Jahrzehnten keine Rolle gespielt“, sagte Parlamentsexperte Werner Zögernitz den SN. Dass Mandatare auf ein Mandat verzichten und eines auf einer anderen Ebene (Regionalwahlkreis, Landes- oder Bundesliste) annehmen, habe es „schon massenhaft“ gegeben und werde es auch weiter geben – freilich innerparteilich abgesprochen. „Rochaden ge-



Zieht doch ins Parlament ein: Philippa Strache (31). BILD: SN/APA/HELMUT FOHRINGER

hen immer, wenn die Betroffenen mitspielen und die entsprechenden Verzichtserklärungen abgegeben werden“, sagt auch Robert Stein, der Leiter der Abteilung für Wahlangelegenheiten im Innenministerium. Gibt es aber Konflikte wie aktuell in der FPÖ, ist alles anders.

Nach der Ibiza-Affäre war kurz vor der Wahl noch aufgefliegen,

dass die Straches Zugriff auf ein FPÖ-Spesenkonto hatten und einen hohen Mietzuschuss für ihr Familiendomizil von der Partei erhielten. Die Justiz prüft derzeit, ob das alles mit rechten Dingen zugegangen ist. Kolportiert wird auch ein Gehalt in der Höhe von mehr als 9000 Euro für Philippa Strache in ihrer Funktion als Social-Media-Beauftragte der FPÖ – selbst während ihrer Karenz, hatte es geheißt. Philippa und Heinz-Christian Strache sind Anfang Jänner Eltern geworden. Der FPÖ-Klub widersprach dem nun: Strache habe während des Mutterschutzes kein Gehalt bezogen und keine Karenzzeit in Anspruch genommen. Ihre Funktion als ehrenamtliche Tierschutzbeauftragte ist Strache jetzt auch los, wie die Partei bekannt gab.

Philippa Strache dürfte als „wilde“ Abgeordnete in den Nationalrat einziehen. Die FPÖ gab noch am Mittwoch bekannt, dass sie im blauen Parlamentsklub nicht willkommen sei. Die finanziellen Einbußen wären verkraftbar: Es geht um rund 53.000 Euro pro Jahr, die der Klub verliert, wenn eine Mandatarin, ein Mandat abhandelt.

KURZ GEMELDET

Schlechte Leistungen in Integrationsklassen

WIEN. In Integrationsklassen, in denen Schüler mit und ohne Behinderung gemeinsam unterrichtet werden, fallen die Leistungen der nicht beeinträchtigten Schüler deutlich schlechter aus als in Regelklassen ohne beeinträchtigte Schüler. Das ergibt eine Studie des Bundesinstituts für Bildungsforschung (Bif). Als Grund wird genannt, dass Integrationsklassen oft auch „soziale Brennpunktklassen“ sind, in denen viele Kinder eine andere Muttersprache als Deutsch haben und/oder aus bildungsfernen Schichten stammen. Diese „Anhäufung von Risiken“ führe dazu, dass es den Schülern an Vorbildern fehle und die Lehrkräfte an ihre Grenzen stießen, heißt es in der Studie. SN, APA

SPÖ blockiert die Schuldenbremse

WIEN. Die SPÖ wird die Verankerung der Schuldenbremse in der Verfassung im Bundesrat am Donnerstag blockieren. ÖVP, FPÖ und Neos haben im Nationalrat einen entsprechenden Beschluss gefasst, im Bundesrat fehlt ihnen aber die nötige Zweidrittelmehrheit. Auch die Grünen werden im Bundesrat gegen die Schuldenbremse im Verfassungsrang stimmen. Als einfaches Gesetz gilt sie bereits seit 2017 und erlaubt ein Budgetdefizit von maximal 0,45 Prozent des BIP. Ausnahmen sind in Notsituationen erlaubt. SN, APA

„Die Grünen wissen, wie das geht“

Zweiter Tag der Sondierungen. Alles deutet nun auf Verhandlungen zwischen ÖVP und Grünen hin.

WIEN. ÖVP-Chef Sebastian Kurz hat die erste Runde der Sondierungsgespräche abgeschlossen. Die finale Unterredung fand am Mittwochabend mit Grünen-Chef Werner Kogler statt. Zwar nahm Kogler nach seinem Vier-Augen-Gespräch mit Kurz das Wort Verhandlungen noch nicht in den Mund, erklärte aber, er wolle „vertiefende Sondierungsgespräche“. Geht es nach Kogler, soll das Abtasten intensiviert werden: Er habe aus dem Gespräch mitgenommen, „dass wir in echte Gespräche einsteigen wollen und werden“.

Kogler verwies auch auf die nun anstehenden innerparteilichen Beratungen bei den Grünen. Seine



Finden Kurz (l.) und Kogler einen gemeinsamen Weg? BILD: SN/APA/HELMUT FOHRINGER

Partei werde ein „Sondierungsteam“ zusammenstellen. Es gelte, die Fragen, die den Grünen wichtig seien, wie Umweltpolitik, Klima- und Naturschutzfragen, aber auch Fragen der Wirtschaft in diese Gespräche einzubringen. Vor Beginn der Gespräche verwies Kogler auch auf die Erfahrung der Grünen bei Koalitionsverhandlungen, etwa in den Ländern: „Die Grünen wissen, wie das geht.“

Vor Kogler hatte Kurz auch die Obleute der anderen Parlamentsparteien zu Gesprächen empfangen. SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner und FPÖ-Obmann Norbert Hofer deponierten ihre jeweiligen Vorstellungen beim ÖVP-Chef.

NEOS-Vorsitzende Beate Meinl-Reisinger traf am Dienstagvormittag mit Ex-Kanzler Sebastian Kurz zusammen. Danach erklärte sie, sie habe „rote Linien“ definiert, etwa dass die NEOS nicht in einer Regierung mitarbeiten würden, die grundsätzliche Menschenrechtsfragen infrage stellt. Sie betonte vor und nach den Gesprächen, der Ball liege nun bei Sebastian Kurz.

Noch nicht geäußert hat sich nach dem Gesprächs-Reigen der Ex-Kanzler selbst. Erwartet wurde, dass Sebastian Kurz in den nächsten Tagen ein Resümee über die erste Sondierungsrunde ziehen und auch das weitere Vorgehen skizzieren wird. SN, APA